

Votum anlässlich der Genehmigung der RR-Vertretung im VR der AXPO

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Vor wenigen Monaten haben wir uns hier unter dem Eindruck der Ereignisse in der ZKB eingehend über die Führung einer Staatsfirma unterhalten. Wir haben Stellung bezogen zum öffentlichen Auftrag dieser Firma und zu den Anforderungen an Personen, welche im Namen des Staates diese Firma führen.

Staatsfirmen wie die ZKB, man könnte hier auch den Flughafen erwähnen, oder eben auch EKZ, resp. AXPO, stellen immense Vermögenswerte des Kantons Zürich dar. In ihnen schlummern demzufolge auch grosse finanzielle Risiken. Nicht zuletzt geht es aber sowohl bei der ZKB wie auch bei der AXPO um Engagements des Staates, welche Risiken für die Reputation der betreffenden Firmen und somit für den Staat Zürich mit sich bringen.

Die Staatsvertretung bei solchen Firmen hat die Aufgabe, nicht nur bezüglich der finanziellen Risiken alles zu tun, um Schaden von der Staatskasse abzuwenden. Sie muss innerhalb des Verwaltungsrates die erhöhten Anforderungen vertreten, welche ein staatliches Engagement bei einer am freien Markt tätigen Firma bedeutet. Es geht hier um „Good Governance“, um die ethischen Massstäbe, welche staatliche Firmen selber anlegen müssen.

Im Gegensatz zur ZKB ist die AXPO eine öffentliche Firma mit sehr langen Leinen. Dabei ist das Geschäft mit Energie doch für unsere Gesellschaft ein mindestens so heikles wie jenes mit Krediten. Die AXPO steht hier für den Weg in die Sackgasse der AKWs, und sie steht für das Gasgeschäft mit Ländern aus den hintersten Rängen des Korruptionsindex oder den vordersten Reihe der Unrechtsstaaten. In unserem Namen wird hier zwischen Ahmadinedschad und Putin gewählt, während gleichzeitig die gesellschaftlich hochgradig konflikträchtige Atomstrategie wieder hochgefahren wird.

Wir erwarten von den VertreterInnen des Staates bei der AXPO Sensibilität bei der Beurteilung dieser Strategien. Wir erwarten, dass angesichts der Milliarden Staatsvermögen, die mit solchen Risikostrategien verbunden sind, mehr Transparenz und mehr Möglichkeiten der öffentlichen Einflussnahme geschaffen werden. Was nützt uns die direkte Demokratie, wenn wir über Transformatorhäuschen an der Gemeindeversammlung abstimmen können, aber selbst als ParlamentarierInnen zu den Gasgeschäften unseres Kantons im Südkaukasus nichts zu sagen haben?

Der Wahlmodus sorgt leider dafür, dass die Anliegen einer nachhaltigeren, sanfteren Energiepolitik vom AXPO-Verwaltungsrat weitgehend ausgeschlossen bleiben.

Aus formalen Gründen müssen wir die Abordnung des Baudirektors in die AXPO genehmigen. Mit unserer Zustimmung verbunden ist aber die Erwartung, dass die Tätigkeiten der AXPO in Hochrisikobereichen genau gleich kritisch hinterfragt werden kann, wie jene der ZKB. Den Regierungsrat erinnern wir an das Versprechen, ein Beteiligungscontrolling aufzubauen und erwarten, dass darin auch die jeweiligen ethischen Aspekte und Reputationsrisiken öffentlich sichtbar enthalten sind.

Es geht ja schliesslich um das zweitwichtigste Kapital unseres Staates, nämlich das Staatsvermögen. Und es geht um das wichtigste Kapital unseres Staates, nämlich die ethischen Fundamente, auf denen jede Staatstätigkeit basiert.

Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit!